

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 6.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeitspalt mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 106.

Dresden, Mittwoch den 11. Mai 1910.

21. Jahrg.

Arbeiter, gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

Englands Politik unter Eduard VII.

Von unserem Korrespondenten.

L. S. London, 8. Mai.

Mit Eduard VII. ist ein Herrscher dahingegangen, der die kurze Spanne seiner Regierungszeit überaus bedeutungsvollen Wandlungen sowohl in der inneren wie der äußeren Politik seines Landes miterlebt hat. Wenn man einen stichwortartigen Blick auf die Lage Englands zur Zeit des Todes der Königin Victoria wirft, so ist man in der Tat erstaunt über die tiefgreifenden und tiefgehenden Veränderungen in diesen neun Jahren. Die byzantinische Geschichtsschreibung, die natürlich einem derartigen Anlasse in der bürgerlichen Presse ihre besten Kräfte widmet, hat nichts Eiligeres zu tun, als auf ihre Weise eine nebensächliche Begleiterscheinung für die bedeutende Ursache auszugeben und die ihrer Ansicht nach zu bewerkstelligende Entwicklung der letzten Jahre zum großen Teil als persönliche Verdienste anzurechnen. Es ist nicht möglich, heute schon zu einem abschließenden Urteil über die geschichtliche Bedeutung Eduards zu gelangen. Der Zusammenhang zwischen den einzelnen Phasen der englischen Politik und seinen eigenen Plänen und Anregungen ist noch nicht genügend aufgeklärt und zudem war seine Regierzeit auch viel zu kurz, um jetzt schon greifbare Früchte der Tätigkeit zeitigen zu können. Sicher ist nur so viel, sowohl diejenigen, die ihn als einen Wohltäter der Menschheit den Himmel heben, wie auch jene, die in ihm stets den Feind gesehen haben, seine wirkliche Bedeutung maßlos überschätzen.

Trotz Eduard ein geborener Staatsmann gewesen sei, hat niemand behaupten wollen. Er hatte die Mitte des 19. Jahrhunderts längst überschritten, als er auf einem ganz anderen Felde als auf dem der Politik einen Weltraum eroberte. Sein Verdienst bestand darin, ein vollendeter Gentleman, ein edelmütiger Lebemann zu sein, der sich beim Pferderennen, in Salons von Paris und beim Balkarat untergeordnetlich zu fühlen als im Rate der Minister. Es gab eine Zeit, da man sich Eduard nur im Scherz als den treuen Hüter der Interessen seines Volkes vorstellen konnte. Es zeugt jedenfalls von seiner großen Anpassungsfähigkeit, wenn er trotzdem in der Rolle des Monarchen nicht schlechter fuhr als die meisten anderen gottbegnadeten Herrscher, wenn er nicht nur auf die äußere und die innere Politik einen erheblichen persönlichen Einfluß üben konnte, sondern auch die Monarchie in England eine volkstümlichere Institution hinterließ, als wie er sie vorfand.

Das stärkere Hervortreten des Königs als eines sozialen politischen Machtfaktors kennzeichnete von Anfang an die Regierung Eduards. Dies trat auch schon äußerlich durch die Verwendung des in England unter Victoria außer Gebrauch gekommenen königlichen Bombs bei jeder Gelegenheit zutage. Man sieht bald, daß Eduard auch in mehreren Dingen auf eine weniger englische Art persönlich in die Regierung eingriff. In der inneren Politik, die von dem Bestreben der Gleichberechtigung und gleichberechtigter Parteien beherrscht wird, war natürlich, wenigstens soweit die Öffentlichkeit in Betracht kam, die größte Zurückhaltung selbstverständlich. Aber auf dem Gebiete der äußeren Politik, die England als außerhalb dem Bereiche der Parteipolitik betrachtet wird, glaube ich sich ein entschiedeneres Aufgebot zu können. Er begann damit, daß er, entgegen der englischen konstitutionellen Sitte, ohne Begleitung seiner diplomatischen Reisen ins Ausland unternahm. Die diplomatischen Reisen nach Spanien und Italien konnten allenfalls als unpolitisch entschuldigt werden. Als er aber auch nach dem Besuch in Neapel ohne verantwortlichen Begleiter, hingegen in Begleitung der permanenten Leiter der diplomatischen Missionen, lag die Natur des neuen Auftrages sehr klar zutage.

Diese Vorgänge trugen viel dazu bei, im Auslande und auch in Deutschland die Auffassung zu verbreiten, daß die neue Wendung in der englischen Weltpolitik der Initiative Eduards entspreche. Drei Ereignisse von überragender Bedeutung bilden die Etappen der neuen äußeren Politik Englands. Der Abschluß des englisch-japanischen Handelsvertrages im Jahre 1902, die Entente cordiale zwischen Frankreich und das englisch-russische Abkommen. Das englisch-japanische Bündnis, mit dessen Abschluß Eduard persönlich gewiß wenig zu schaffen hatte, ist heute so allgemein anerkannt, daß es seiner Bedeutung und der stetig wachsenden Einwirkung auf die asiatischen Kolonien auf die äußere Politik nicht mehr bedürftig ist. Das englisch-russische Abkommen, das die Entente cordiale und das Abkommen zwischen England und die Ostsee der englischen Weltpolitik, deren Grundlage der englisch-deutsche Gegensatz bildet. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Eduard die Ausarbeitung dieser Politik, die man in England als die besten Friedensbestrebungen eingegeben lobt und

in Deutschland als gehässige Isolierungs- und Einkreisungspolitik betrachtet, persönlich viel beigetragen hat. Aber er war eher Werkzeug als Meister. Er konnte die Pläne der englischen Diplomaten mächtig fördern, weil er seinen persönlichen Einfluß willig in ihren Dienst stellte und unter allen Umständen ein großes Maß von Diskretion und Taktgefühl bewahrte.

Dieses Taktgefühl kennzeichnet auch seine Stellung in der inneren Politik Englands und erklärt zum Teile auch seine unbestreitbar große Popularität bei den Massen, trotzdem er gewisse reaktionäre Neigungen nicht immer verbergen konnte. Man erinnert sich noch der kühnen Rede, mit der er die Genossen Keir Hardie und Graham bedachte, weil sie sein Bauchrußchen vor dem Blutigen im Parlament gehöhrend kennzeichneten. Bei der gegenwärtigen Verfassungskrise scheint er auch seine Hand im Spiele gehabt zu haben. In liberalen Kreisen wurden als Entschuldigungsvermittlung für Asquith geheimnisvolle Andeutungen gemacht, die darauf hinausliefen, daß der in der Thronrede enthaltene Wortbruch des Ministerpräsidenten auf einen Wunsch des Königs zurückzuführen gewesen sei. Auch fiel es seinerzeit auf, daß der Passus der Thronrede, der die Reform des Oberhauses und seiner Wahlbefugnisse ankündigte, die ungewöhnlichen, vorsichtigen Worte „nach der Ansicht meiner Ratgeber“ enthielt. Dies deutete darauf hin, daß der König den Kampf gegen die Lords mißbilligte, und in der Tat haben die Konventionen stets auf die Abneigung des Königs gegen die von der liberalen Regierung angebotenen „revolutionären“ Maßnahmen gebaut. Sein unerwarteter Tod hat es Eduard erspart, in dieser kritischen Frage offen Farbe zu bekennen.

Es ist übrigens leicht möglich, daß der Thronwechsel der liberalen Regierung den erwünschten Vorwand liefern wird, den ganzen Verfassungskampf auf den 21. Novemberstag zu verschieben. Es ist sicher, daß sich sehr bald Stimmen bernehmen lassen werden, die es für unlogisch erklären, den neuen, unerfahrenen König sofort vor eine so schwere Prüfung zu stellen. Die liberalen Staatsmänner werden in ihrer Vohalsheit diesen Appellen schwerlich ihr Ohr verlegen, und da die Ordnung erst im nächsten Jahre stattfinden kann, würde das sofort eine „Vertagung“ der Krisis auf mindestens zwei Jahre bedeuten. Da andere gesetzgeberische Maßnahmen mit Rücksicht auf die Verfassungskrise nicht vorbereitet worden sind, wird diese Parlamentsession voraussichtlich völlig unfruchtbar verlaufen. Vielleicht ist das ein Umstand, der den bürgerlichen Politikern in ihrer Trauer um den Verlust des Monarchen einigen Trost bieten wird.

Deutsches Reich.

Der Reichstag

Es ist ohne Zweifel im letzten Winter von den Reichstagsmitgliedern, besonders von denen, die in den Kommissionen mitarbeiteten, ein großer Fleiß aufgewendet worden. Jedoch der Vertrag entspricht in gar keiner Weise den Bemühungen. Die Ursache der Ertragslosigkeit der Reichstagsarbeit liegt in den völlig zerrütteten Regierungs- und Parteiverhältnissen des Reiches.

Unter Bethmann-Hollweg ist die Regierung im Reiche zur völligen Regierungslosigkeit geworden. Der ideelle und langweiligste Bureaucratismus macht sich breit und als politisches Ziel verfolgt er höchstens das eine, alle bürgerlichen Parteien wieder einander zu nähern und zum gemeinsamen Kampf „gegen den Umsturz“ zu vereinigen. Eine Bureaucratie, die nichts Vernünftiges zu schaffen weiß, muß eben im blöden Umsturzgeschwätz ihren einzigen Existenzgrund zu erweisen versuchen! Aber die Einigung der bürgerlichen Parteien ist nach dem Zusammenbruch des Allwischenen Klotztruges unmöglich und jede größere politische Aufgabe, die dem Reichstage gestellt würde, müßte neue Streitigkeiten unter den durcheinander gewirbelten Parteien entfachen. Es fehlt eine einheitliche parlamentarische Majorität, mit der die Regierung arbeiten könnte und arbeiten will.

In Wirklichkeit herrscht das konservativ-klerikale Kartell. Aber die Regierung möchte doch den Schein erhalten, als sei der Liberalismus nicht völlig verstoßen worden, als solle er mit zu den „regierenden Parteien“ gezogen werden. Die Regierung muß ja schon deshalb ihre Beziehung zu den Rationalen liberalen erhalten, um in Zukunft bei den handelspolitischen Fragen nicht völlig den agrarischen Deuten auf Gnade und Ungnade unterworfen zu sein.

Unter diesen völlig zerfahrenen, unklaren Verhältnissen kann nichts Ganzes geschaffen werden. Selbst das kleine sozialpolitische Stückwerk konnte nicht fertiggestellt werden. Die Novelle zur Gewerbeordnung, das Heimarbeitergesetz, der Entwurf über die Arbeitskammern, der Reichsversicherungsentwurf, auch die Strafgesetznovelle und die Reichssteuerreform — alles ist unvollendet geblieben und auf den nächsten Winter verschleppt.

Es ist ein jammervolles Bild, das der „nationale“ Reichstag bietet. Noch niemals sind die deutschen Wähler, die man im Januar 1907 mit wilden Phrasen an die Urne hegte, so trübselig enttäuscht worden als durch diesen Reichstag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat ihr Bestes getan, um trotz dieser Ungunst der Verhältnisse einiges von Wert zu schaffen. Sie hat auch durch ihre Interpellationen die Aufmerksamkeit über bedeutsame Ergebnisse herbeigeführt. Wir erinnern an die Interpellationen über die Lage der Tabakarbeiter, den Mansfelder Streik, den Kieler Werftbetrieb, den Zwangsarbeitsnachweis der Grundbesitzer, die Jagowiaten und die wahrheitsfeindlichen Abgeordnetenhausreden Bethmann-Hollwegs. Freilich, an der reaktionären Mehrheit und an der liberalen Versahrenheit mußten alle Bemühungen scheitern.

Glücklicherweise blies in diese erschöpfende Atmosphäre der Reichspolitik der Wind der Volksmeinung ein paar mal mit erfreulicher Schärfe hinein. Bei den Reichstagsnachwahlen zeigte sich die Empörung der Wähler über die gedruckenen Versprechungen der bürgerlichen Parteien und über ihre volksfeindlichen Taten deutlich genug — ein erfreuliches Vorzeichen einer neuen, gesunden Zukunft. Aus schlotternder Furcht haben ja schließlich die bürgerlichen Parteien neben der Wahlprüfungskommission wegen grober Wahlverfälschungen für ungültig erklärte Mandate vermittelst eines der anrüchlichsten Handelsgeschäfte gegen Sinn und Recht für gültig erklärt. Sie werden aber schließlich dem Spruch des Volkes nicht entkommen!

Kaisergesetz.

Die zweite Lesung des Kaisergesetzes ist nun doch in einer Dauerlesung zu Ende geführt worden. Von unserer Seite sprachen noch die Genossen Hub und Albrecht, die sich gegen Kaiserpanamianismus und freisinniges Manchestertum wandten. Die dritte Lesung fand gleich nach der zweiten statt und ergab die Annahme der Vorlage gegen Freisinnige und Polen. Schon drohten die Lampen zu erlöschen, als die lange, im Julilicht beinahe gespensterhaft wirkende Gestalt des Reichskanzlers im Saale erschien. „Er kommt und löst den Reichstag auf“, rief Genosse Emmel unter großer Heiterkeit. Als Theobald dachte nicht daran und verlas stillschweigend die Verfassungsurkunde. Erst am 8. November will sich das Plenum wieder versammeln.

Aus Washington wird der Tägl. Rundschau gemeldet: Der amerikanische Votschakter in Berlin, Dr. David Janne Hill, hat vom Staatsdepartement Anweisung erhalten, bei der deutschen Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die vom Reichstag geplante Monopolisierung der Kalk-Industrie gegen die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen gerichtet sei. In den Kreisen der amerikanischen Abnehmer und Kalkhändler, besonders aber in denen der zahlreichen Käufer künstlichen Düngers, herrsche große Erregung über den geplanten Schritt des deutschen Reichstags.

Die Reichstagswahl in Jauer-Landeshut-Vollenhausen.

Der Kampf um das Mandat des verstorbenen freisinnigen Abgeordneten Dr. Hermes wird jetzt sehr lebhaft geführt. Die Kandidaten der in Frage kommenden Parteien, Sozialdemokratie, Freisinnige, Konservativ und Zentrum, sind nominiert. Für die drei bürgerlichen Parteien handelt es sich zunächst darum, die Sozialdemokratie, die bei den vorliegenden Wahlen in die Stichwahl kam, bei den Ballotblowwahlen aber an die dritte Stelle rückt, aus der ziemlich sicheren Stichwahl zu verdrängen. Trotzdem für unsere Genossen die Möglichkeit, in Versammlungen zu den Wählern zu sprechen, nur in beschränktem Maße vorhanden ist, sind sie doch eifrig an der Arbeit. Einer früheren allgemeinen Flugblattverbreitung über den ganzen Kreis folgten am Sonntag zwölf Versammlungen. Am zweiten Pfingstfeiertag folgt wieder eine allgemeine Flugblattverbreitung, der dann noch weitere Versammlungen folgen werden.

Trotz der schlechten Versammlungsverhältnisse haben unsere Genossen die feste Hoffnung, bei der diesmaligen Wahl nicht nur an erste Stelle zu rücken, sondern sie rechnen auch noch auf einen erheblichen Stimmenzuwachs. — Die Wahl findet am 1. Juni statt.

Betriebskrankenkassen und Reichsversicherungsordnung.

Unter dem Vorwort des Justizrats Wandel, Direktor bei der Firma Krupp, tagte am 9. Mai in Berlin eine Versammlung der Vertreter des Verbandes der Betriebskrankenkassen, um zu der Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen. In einer Resolution erklärte man sich mit der Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht einverstanden, äußerte jedoch Bedenken gegen die Versicherung der Hausgewerbetreibenden. Weiter heißt es dann:

Als Voraussetzung für das Fortbestehen und die Errichtung von Betriebskrankenkassen darf, wie bisher, nur eine Mindestzahl von 50 Versicherten festgelegt werden. Die Errichtung einer neuen gemeinsamen Behördenorganisation für die Reichsversicherung, namentlich von Versicherungsämtern, ist sachlich nicht gerechtfertigt und verunständlicht und verneuert die Reichsversicherungsordnung ganz erheblich. Den Krankenkassen muß das Recht bleiben, nur bestimmte Apotheken zur Lieferung zuzulassen. Die Regelung der Arztfrage wird auf das Entscheidende zurück-

nicht
dungen.
se der
: Aus-
ie ver-
gefehlt
: Kopf
Re-
es am
: aus-
: Die
zoffen
in ge-
Ent-
stions-
enden;
inbein-
er dem
: 30 g
: aber
n dem
n Ge-
scheint
er be-
schalt
ierte".

urteil
t der
: In
wieder
reits-
teilt er
erhab.
Mann
eboten.
: blieb
ualität
traffen
infinen
ach in
wegen
st und
: der
: Das
: messen
Beugen
ingte

ch mit
untern

it ein-
id des
Bunsch
i nach
er der

es von
r Ber-
: eine
ten, ist
s das

de hat
n, von
n und
ch Be-
pflicht

esamm-
: er d e
esamm-
ihstelle
: unter
gegen-
Sollten
schließen
en die
stimmt

Der
agdbie,
würdig
in Re-

Wert
er vor
sich die
Haupt-
ien der
Pöliner
ist auch
Dresden
juridisch
reit den
: bereit
regeln.

erneut
Sitzung
n, daß
ten ist
er ist
Afford-
dem ist
en ber-
ontrum

ertrag-
: erlegt
: dreier
schweiß,
er vor-
ie Ver-
graphen
Punkte
sche die
wringen
diesem
Neben-
stimmung
en; bis
Ausgang
jer Ver-
erklären,
lag den
r alle
daß die
ren.

Müller
: haben,
ier Det-

gewiesen; sie läuft tatsächlich auf die zwangsweise Einführung der freien Wahl hinaus und gibt die Krankenlisten den Arbeitgeberorganisationen preis. Erfolgt nicht eine Regelung dieser Frage mindestens im Sinne der Bestimmungen des ersten Entwurfs, so ist die ganze Neuordnung der Krankenlisten unannehmbar.

Tabaksteuererfolge.

Wie umfangreich die Arbeitslosigkeit in der Zigarrenindustrie ist, geht daraus hervor, daß bis Ende 1906 beim Hauptzollamt Minden 13000 Tabakarbeiter Unterstützungsaesuche eingereicht haben. Die bis zum Jahreschlusse gezahlte Summe betrug 631 326 M. Auf jeden dieser 13000 Arbeiter kommen durchschnittlich 6 Wochen Arbeitslosigkeit. Es ist ein Gesamtverlust von 498000 Arbeitstagen. Im ersten Vierteljahr 1910 war die Arbeitslosigkeit noch größer. Beim Hauptzollamt Minden wurden bis Ende März 1910 im ganzen 1135 26 M. an Unterstützungen ausbezahlt. Fast 1 Million Tage Arbeitslosigkeit fallen allein auf die Tabakarbeiter im Bezirk des Hauptzollamtes Minden, das die Kreise Minden, Lübbecke, Herford und Bielefeld umfaßt.

Vorsicht! aus Bonn.

Wegen des Lieberfalls auf den Einjährigen-Unterrichtler Reich von den Bonner Königsjuristen hatte das dortige Schwurgericht zwei „edle und beste Herren“, den Grafen von Hohenhausen und Hans Werner von Luttwitz zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Gericht hatte gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch als erwiesen angenommen. Drei andere Vorurtheile, die den großen Unmut erregt hatten, und die natürlich ebenfalls dem hohen Adel angehören, hatten sich als Einjährige vor dem Appellgericht zu verantworten und wurden freigesprochen. Wie in der Berufungsverhandlung von der Strafkammer festgestellt worden ist, sind die Robeuten verurteilt worden, nachdem vorher eine Abmahnung für den Prinzen Oskar von Preußen stattgefunden hatte. Die beiden Angeklagten brachten die Anklagebank nicht zu betreten, sondern durften am Tische der Verteidiger Platz nehmen. Bei ihrer Vernehmung bestritten sie, sich strafbar gemacht zu haben, sie seien vielmehr der Ansicht gewesen, daß es sich nur um einen Scherz handelte. Das Gericht isten solche Scherze doch nicht ganz zu billigen. Aber statt der 14 Tage brauchten die beiden edelsten und besten Hohenhausen eine Woche zu krummen. Wilder konnte das Urteil nicht weiden; die eine Woche bedeutet die Mindeststrafe.

„Doppelte Moral.“

Ludwig Thoma, der bekannte Simplicissimusdichter, veröffentlicht folgende kleine wahre Geschichte: Vor zwei Wochen brachte die Deutsche Tageszeitung in Berlin einen wohlgläubigen Artikel gegen den Verlag Langen in München und gegen den Simplicissimus; sie stellte die hitzige Forderung an alle Deutschen, den Verlag Langen zu pervertieren. Und am 3. Mai 1910 schreibt sie einen geschmeidigen Festschriftartikel an denselben Verlag Langen, worin sie um die Verleihung des Literatenbundes bittet; denn, sagt sie, für Ihre Verlagsartikeln gibt es hier ein Abgabegeld, das Sie unserm Gesichts nach noch lange nicht genug geschäftlich ausgenutzt haben — es ist dies der deutsche Sprach- und Buchhandel. Sie unserm Blatte Ihren Verlagsprospekt vor, darin haben Sie ein bewundernswürdiges Mittel, mit diesem „Elite-Publikum“ in Verbindung zu treten.

Wie es gibt einen Weg in die aristokratische, eheliche Kamille für den Simplicissimusverlag. Man schide der Deutschen Tageszeitung 250 M. 50 Pf., und es ist alles geregelt! Die Elite-Gesellschaft wird verleitet, die heiligsten Gefühle werden teils verletzt, teils untergraben. Osthelms Ideale in der Art getreten! Und diese ganzen höchsten Güter sind der Deutschen Tageszeitung genau 93 Taler 15 Groschen wert! Soll man das Geschäft machen? Als allen Idealismus dieser Menschheit man ja mal riskieren — aber kopul! Wie lange darf man für 93 Taler 15 Groschen verkaufen, d. h. man wird die Deutsche Tageszeitung wieder ein Injunkt erhalten!

Man darf sehr neugierig sein, wie Herr Certeil den geschmeidigen Festschriftartikel redigiert wird. Wahrscheinlich wird der unentwegte Kämpfer für eheliche Ideale philosophisch sagen: Non olet! — Es stinkt nicht, das Simplicissimus-Geld.

Der Bierkrieg in Bayern.

Die nun auch in Bayern zur Durchführung gebrachte Bierpreisoberhöhung hat einen Kampf der Anonymen gegen die Brauereien auf der ganzen Linie entfacht, der mit der größten Erbitterung geführt wird. In Augsburg haben in einer vom Sozialdemokratischen Verein und den freien Gewerkschaften einberufenen Versammlung über 1000 Personen gegen die Erhöhung des Bierpreises Protest eingelegt. In einer einmütigen angenommenen Resolution wurde die größtmögliche Einschränkung des Biergenusses beschlossen.

Wie die Augsburger Postzeitung meldet, hat das bayerische Finanzministerium eine Entschließung an die Beamten und Bediensteten ausgesprochen, worin sie auf-

gefordert werden, keine Weigerung in einem eventuell entstehenden Bierkrieg zu bekunden und sich nicht an einer Agitation gegen die Bierpreisoberhöhung zu beteiligen. Wer gegen diesen Beschluß verstoßt, soll dem Ministerium namhaft gemacht werden.

Der hiererige Erlass des bayerischen Finanzministers bedeutet nicht nur einen Verstoß gegen die Interessen der Brauereien, sondern auch einen durch nichts gerechtfertigten Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten und Bediensteten, die wie andere das Recht haben, sich gegen eine Verächtlichmachung ihrer Lebenshaltung zu wehren.

Die Justizkommission des Reichstags legte am Dienstag die Beratung der Strafbgesetzbuchreform beim 2. Senat. Der Paragraf gibt dem Jüngeren, der das Jugendverweigerungsrecht während der Vernehmung wieder zurückzuziehen. Dann darf die Entscheidung im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt werden. Nach einem nationalliberalen Antrag sollten in diesem Verordnungsfall auch die Protokolle über solche Aussagen keine Verwendung mehr finden dürfen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Konkurrenz-Projekt. In einer Aufschrift an den V. A. wird bestritten, daß der Konkurs seine Taktik für die kommenden Reichstagswahlen ändern wolle. Oberbürgermeister A. F. Knobloch habe lediglich mitgeteilt, daß es infolge unausgeleiteter Bemühungen gelungen sei, eine große Reihe von Reichstagskandidaten der verschiedenen politischen Richtungen aus den Kreisen von Gewerbe, Handel und Industrie zu gewinnen, die der Konkursbund den politischen Parteien benennen werde. Auf diesem Wege werde es, wie der Aufsatz der Wahl in Dieckhoff-Johannesburg beweist, gelingen, die Kandidaten des Bundes der Deutschen Arbeitervereine auch aus den schweindarischen Wahlkreisen zu beschaffen.

Die Tatsache steht jedenfalls fest, daß der Konkursbund, der über reichliche Mittel verfügt, in umfassender Weise in den kommenden Wahlkampf eingegriffen wird.

Die preussische Wahlrechtsfrage. Der Senatspräsident des preussischen Abgeordnetenhauses hat beschlossen, die Wahlrechtsfrage am 25. und 27. Mai auf die Tagesordnung zu setzen.

Preussische Wahlrechtsfrage. Ein Massenprotest gegen Wahlrechtsdemonstrationen wurde Dienstag vor dem Schöffengericht Magdeburg verhandelt. Angeklagt waren 20 Genossen, die bei der Wahlrechtsdemonstration am 6. März durch Schüsse auf ein freies Wahlrecht und durch Plünderung „groben Unfug“ verübt haben sollten. Drei der Angeklagten, die Genossen Jordan, Köster und Rechtsanwalt Landsberg, sollen durch Anführung eines Jüngers von Demonstranten durch zwei Vorurtheile durch die Angeklagten einen nicht genehmigten Unfug veranlaßt haben. Das Gericht sprach die drei letzten Angeklagten frei und nahm die übrigen 17 „Verbrecher“ in Geldstrafen von je 10 M.

Eine fürchterliche Forderung. Rechtsanwalt Dr. Schilling (Tormund) telegraphierte dem A. T.: Keine Kandidatur in Altens-Nierleben würde ohne mein Wissen und gegen meine Willen aufgestellt. Ich habe der Demokratischen Vereinigung mit meinem Austritt gedroht, falls man mich noch einmal als Kandidaten aufstellt.

Schilling gebietet sich, als könne er sich vor dem Anitrium nicht retten. Er tatte besser, solche telegraphierten Scherze zu unterlassen. Sie schaden seinem Ruf.

Schwerin-Löwin, der Dichter. Graf Schwerin-Löwin, der Reichstagspräsident, hat dem Gesangsverein Anfordia in Neuhof a. S. der zu Singen einen großen nationalen Gesangspreis verliehen. einen Faktus als Vorentscheidungsgegenstand. Damit noch nicht genug, hat der Reichstagspräsident versucht, den Preis auf die Reichstagspräsidenten folgenden Zweigleisler als Widmung zu übertragen.

Zeit mißrauer als der Glorie des Reichspräsidenten folgt jeder dem Taktik des Chor-Dirigenten.

Nach dieser Leistung scheint der Preis des Herrn Reichstagspräsidenten eine geradezu gemeingefährliche Petrie zu sein.

Der kranke Triolenberg. Ueber den Gesundheitszustand des früheren Reichstagsabgeordneten Wilhelm Schack wird auf Veranlassung der Familie ein ärztliches Gutachten von den drei Ärzten veröffentlicht, das die Schack zur Zeit gelegten Schreien in der Triolen-Bühne „in einem Zustand vorübergehender krankhafter Störungen der Bewusstseinsfähigkeit“ begangen sind, und daß Schack „für den Inhalt der von ihm geschriebenen Briefe weder rechtlich noch moralisch verantwortlich“ gemacht werden kann. Der damals der Schack vorbanden gemessene krankhafte Zustand ist dem Gutachten zufolge auf berufliche Überanstrengung und auf die mit den Reichstagsarbeiten verbundenen Gemüthsbewegungen zurückzuführen.

Die methusalemische „Frankfurter Zeitung“ ist verhältnismäßig spät entdickt worden. Glühende Schackbriefe, die noch belästiger als der Triolenberg selbst sind, liegen schon Jahre zurück.

Bennigsen.

Die Tragikomödie des deutschen Liberalismus.

VII.

Es gehört zu den eifersüchtigen Geschichtsschreibern, aus denen in Deutschland die Geschichtswissenschaft besteht, daß die Gründung des Deutschen Reiches sich seit 1806 unter liberalem Gestirn vollzog. Auch Baden heiligt diesen Märchen, das ihm ja allein ermöglicht, seinen Helden — wenn zwar unter starkem Verdacht — liberale Siege gewinnen zu lassen. Das liberale Gestirn stand in der Tat prägnant am Himmel. Aber es hatte ebenbürtigen Einfluß auf die Geburt des Deutschen Reiches, wie sonst ein Zusammenhang zwischen Sternen und Geburten besteht — trotz Horoskop und Hellschnecken.

Der Liberalismus in Preußen-Deutschland bestand zu jener Zeit genau in derselben Erscheinung wie vorher und seitdem: daß sich die preussische Politik durchsetzt im Kampfe gegen die Junker der tabulierten Forderung. Aber deshalb, weil die Regierung in Preußen stets mit den wilden Männern der feudalen Welt sich taufen muß, ist sie niemals liberal. Im Gegenteil: die Reibereien mit den Junkern, die Verweigerung ihrer höchsten Forderungen hat doch stets nur den Zweck und stets den Erfolg, das konservative preussische System zu erhalten. Dem Deutschen Liberalismus ist die Aufgabe angefallen, die konservative Sache gegen die Konservativen, das Junkerwesen gegen das Junkertum zu retten. Das war der liberale Sieg, der mit so viel staatsmännischer Selbstbeherrschung erlaubt wurde. Die Liberalen wurden Sieger, indem der Liberalismus befragt wurde, und die Liberalen mühten sich, nach einem ebenbürtigen wie kostbaren Wort Bismarcks — Bennigsen teilt die Aechterung seiner Frau in einem Brief vom 2. Dezember 1867 mit — die Minister des Kronprinzen. In Wahrheit, das war die Rolle des deutschen Liberalismus: sie blieben immer die Minister des zukünftigen Herrn, und um diese große Gänse nicht zu verlieren, spierten sie für die Gegenwart ein Stück des Liberalismus nach dem andern. Die endlosen Reaktionen Bismarcks mit seinen junkerlichen Standesgenossen, deren Klugheit er war, hinderten ihn ebenbürtig, deren sonst verlorene und verfallene Sache zu rekonstruieren, wie er die feudale Reaktion fürchte, obwohl er die Volkswacht, persönlich ein Ungläubiger — trotz seiner angedlichen Augen-Verletzung nach wäcker Gottlosigkeit! — bekämpfte, wie er endlich die hoffnungslos erschütterte Monarchie niederbelebte, wenngleich er vor den Trägern

der Krone nicht die mindeste Achtung hatte und weder vor dem Großvater, noch vor dem Sohne, noch vor dem Enkel, seinen drei künftigen Herrern, Achtung hatte!

Auch vor dem Weltengott nicht! Bennigsen sagt die Wahrheit, wenn er 1867 seiner Frau schreibt: „Der König und er haben eher das wie Freundschaft gegenüber, mit dem Kaiser, mit dem Kaiser hat Bismarck ein ganz kaltes Verhältnis.“

Die liberale Konzeption und Kompromisspolitik blieb also ohne jede Frucht. Man erregte nur liberale Atropien, die wie Früchte ausliefen. Das zeigte sich sofort, als Bennigsen seine Wirklichkeit im Reichstag des norddeutschen Bundes und im preussischen Landtag begann. Er und die Seinen hatten von vornherein alle weiterstrebenden liberalen Grundzüge als Ballast über Bord geworfen, um vorerst wenigstens ein paar „unverwundliche“ liberale Forderungen zu sichern. Aber auch diese lagen für nicht durch. Bismarck bewilligte ihnen allenfalls einige personale Lebensbedingungen — Sturz eines besonders dumme-reaktionären Ministers und dergleichen mehr! —, aber die konservative preussische Sache ließ er im Kern nicht ausfallen. So scheiterten die Liberalen sofort mit ihren beiden dringenden Forderungen: mit den konstitutionellen Sicherheiten in der Reichs-Bundes-Verfassung, und bei der Regelung des Verhältnisses von Preußen zum Reich. Und wenn sich die Liberalen damals trösteten, das augenblicklich „Unerschickbare“ werde durch die innere Notwendigkeit der Dinge sich doch bald erledigen, so sind auch jene belächellichen liberalen Forderungen von 1866—1870, jenes liberale Ambelprogramm bis zur Stunde so wenig ihrer Erfüllung auch nur angenähert, daß es die Liberalen heute selbst nicht mehr fordern.

Bismarck ist jetzt der Mann gegen das Vereinstreiben der Reaktion — das ist der große Mann (er ist schon im Herbst 1866 in einem Brief an Bennigsen in diese Formel gefaßt) —, mit dem die Liberalen unmittelbar nach dem preussischen Kriegserfolg ihr gründliches Umlernen rechtfertigten. Die Zeit der Ideale ist vorüber. Die deutsche Einheit ist auf der Trümmerfeld in die profane Welt der Wirklichkeit hinuntergefallen. Volkswir haben heute weniger als je zu fragen, was nützlichers, als was erreichbar ist, viel Ritual 1867 aus. „Das Erreichbare“ — das ist leitend die Begriffsformel geblieben, mit der jeder liberale Grundriß zur Ruhe besattelt worden ist. Unerschickbar dünkte Bennigsen natürlich die parlamentarische Verfassung. Die Phylonomie des Parlamentes wird von der des achtundvierziger außerordentlich abweisen und dochselbe, nach dem damaligen Maß gemessen, eine sehr bescheidene

Kolonialamt und Kolonialgesellschaft.

Der Vertrag zwischen dem Reichskolonialamt und der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika ist am Montag von beiden Parteien unterzeichnet worden. Der Vertrag enthält folgende Bestimmungen:

Der Aufsatz empfangt 21 1/2 Proz. Beteiligung an den von der Kolonialgesellschaft erzielten Gewinnen, und zwar nach einer am 1. April 1911 hinaus verlängert. Die Sperrfrist der Kolonialgesellschaft mit 50 Proz. zu beteiligen, während die Majorität der Anteile der Kolonialgesellschaft ist gebietet, bis zu einer neu zu bildenden Bergbaugesellschaft (soweit die Kolonialgesellschaft ihren Anteil in deutschen Aktien hält) schwindenden Ausnahmen an den Aufsatz ab. Die Kolonialgesellschaft bleibt vorläufig im Besitz des jetzigen Sprengrechts, keine Veränderungen zu Eigentum vornehmen. Es ist aber dem Aufsatz zu versprechen, und sie ist verpflichtet, das Recht an den Aufsatz abzutreten, sobald der Bergbau in dem Sprenggebiet im größeren Umfang aufgeführt ist.

Die Kolonialgesellschaft will sich gegen die Vertragsbestimmungen durch möglichst intensiven Betrieb schädlich machen und wird dabei auch bestimmt auf ihre Rechnung kommen.

Rusland.

England.

Jur Thronbesteigung.

London, 10. Mai. Dem Vernehmen nach hat die Regierung beschlossen, in dieser Session einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die Erklärung des Königs bei seiner Thronbesteigung geändert werden soll. Es sollen gewisse Bedingungen aufgeführt werden, die von den römischen Katholiken als eine Beleidigung angesehen werden.

Italien.

Wiedereinführung gemauerteter Eisenbahnen.

Id Rom, 10. Mai. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, der Radicale Sacchi, hat den Verwaltungsrat der Eisenbahnen aufgelöst. Die im Januar 1906 beschlossene Wiedereinführung der Eisenbahnen, die nach dem Gesetz von 1875 gemauert wurden, nach Möglichkeit zu beschleunigen. Demgemäß sind dieser Tage 10 Beamte, die in der Dienstzeit deponiert worden waren, wieder in ihren früheren Ämtern und in ihrem Gehalt eingesetzt worden, und 225 andere, deren Anwesenheitsrecht verlängert worden war, haben ihre Promotion erhalten. Im ganzen sind damit für 1100 Angestellte die Rollen der Wiedereinführung gehoben; eine ähnliche Maßnahme steht für die übrigen bevor.

Spanien.

Der erste Sozialdemokrat im Parlament.

Die spanische Sozialdemokratie hat ihren ersten großen Erfolg errungen. Bei den Corteswahlen wurde Genaro Galdos, Agalitia in Madrid als Kammerdeputierter gewählt. Er ist der erste Vertreter der Arbeiter, der die Cortes betritt. Er ist die erste Genugtuung in einem langen, leidvollen Kampfe der spanischen Sozialdemokratie. Die Aufgabe der Arbeiterbewegung reißt in das Ende der sechziger Jahre zurück. Das Septembermanifest 1868, die dem Regime der Infanta ein Ende bereizete, schloß in Spanien die internationale Arbeiterbewegung auf, organisierte zuerst die Arbeiter Barcelonas und dehnte sich nach aus. Doch die vielversprechende Entwicklung geriet bald in eine falsche Bahn. Volunin rief die spanischen Organisationsun-anarchistische Forderungen, der unglückliche Aufstieg der Infanterie das andalusische Beispiel der Heiligkeit der Sozialisten Taktik und gab der Regierung die Möglichkeit, die Organisations im Flute zu erlösen. Erst 1881 und 1882, nach dem Sturz der konservativen Ministeriums Canovas, begannen sich wieder Arbeitervereine zu bilden, zunächst die spanische Föderation der internationalen Arbeiterassoziation, die anarchisch geartet war, dann aber (1882), im kühnen Gegensatz zu ihr, die „Allgemeine Arbeiterunion“, die sich auf dem Nationalitäten in Barcelona bildete. Das Programm dieser Union war in den Grundzügen sozialdemokratisch. Mit aller Schärfe wurde den Anarchisten gegenüber das Wahlrecht als Waffe im Klassenkampf proklamiert. Vier Jahre später begründete die Partei in Madrid die erste Arbeiterpartei (I. Sozialisten), das nach heute besteht und von Pablo Iglesias geleitet wird. In demselben Jahre gab der Parteitag von Barcelona der Partei ein Programm, das dem Charakter der deutschen Sozialdemokratie entsprach.

Schon damals handelte es sich um die Bekämpfung der Arbeitervereine und der hervorstechendsten Agitatoren und Organisatoren Spaniens aus der Arbeiterorganisation hervorgegangen. Die Partei ist seither haben hier im Anfang vielfach das Rückfall der Partei in die Hand. Als Schriftsteller wie als Redner von großer Bedeutung ist Iglesias sein besonderes Verdienst darin, den Grundgedanken der sozialdemokratischen Bewegung mit aller Energie gegen die Feinde

„Rolle spielen.“ Die Nation könne „vorbereit sein seinen begründeten Anspruch erheben, von der preussischen Krone und dem durch die Reichweite den Parlamentarismus und den ganzen Ansturm der Reaktionen in Spanien verhalten.“ Das die Partei die Partei des Erreichbaren wurde die nationalliberale Partei genannt, das die Mission es wurde, „nichts“ zu erreichen, weil sie das „alles“ (alles) nach den Wahlen für den konstituierenden Reichstag (siehe unten) an seine Frau: „Sehr befriedigend wird das Resultat für die Partei sein, wenn sie nicht nur die Partei, sondern auch die Partei der Arbeiter vor sich zu konservativ ausgefallen.“

Aber als später die Wahlen ganz nationalliberal ausfielen, nach der Liberalismus erst recht ausfiel. Was man in der Zukunft nicht konnte, traute man sich nicht in der Vergangenheit. Bennigsen begann Bismarck gleich mit der Politik, durch Einbindung von wichtiger Vermittlungen die innere Politik zu erleichtern. Er begann er begann er die Kriegsbege gegen Frankreich. Er hatte immer ein klare bei der Hand, hielt sie nun „Luzemburg“ oder „Luzemburg“ lautere Opfer, in so freudigen Augenblicken national zu spielen. Die Liberalen seine Zeit und Anstalt liberal zu spielen. Die ganze Arbeit an der Verfassung des norddeutschen Bundes und der heutigen Reichsverfassung — wurde durch auswärtigen Krieg erschüttert. Bennigsen kannte die Triebkräfte dieser Politik: „In Berlin ist, wie überall, die Politik zu neuen Lebensmitteln (Interesse, was man auch, wenn man die Politik anders ansieht, als betreibt, sich stets klar und gegenwärtig halten muß, um nicht zu werden“ (an seine Frau, 10. März 1867). Bennigsen sprach die Politik persönlichen Interesses. Er ist auch ein solcher Grundgedanke unbekannt hervorgegangen, und als man ihn solcher Grundgedanke beizubehalten, konnte er wahrheitsgemäß sein dürfte: „In hin hin für die heutigen Liberalen tödlich sein dürfte.“ Bennigsen sprach die Politik persönlichen Interesses. Er ist auch ein solcher Grundgedanke unbekannt hervorgegangen, und als man ihn solcher Grundgedanke beizubehalten, konnte er wahrheitsgemäß sein dürfte: „In hin hin für die heutigen Liberalen tödlich sein dürfte.“ Bennigsen sprach die Politik persönlichen Interesses. Er ist auch ein solcher Grundgedanke unbekannt hervorgegangen, und als man ihn solcher Grundgedanke beizubehalten, konnte er wahrheitsgemäß sein dürfte: „In hin hin für die heutigen Liberalen tödlich sein dürfte.“

Zwei „unerklärliche“ Anordnungen stellte Bennigsen für die Partei: Verfassung auf ein verantwortliches Bundesministerium und die ursprüngliche als Bundesminister nur eine Art untergeordneter Stellvertreter des preussischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vor. Antrag Bennigsen auf Schaffung eines verantwortlichen Bundes-

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 106.

Dresden, Mittwoch den 11. Mai 1910.

21. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Das unverständliche Verhalten der Regierung und der Kammer, unter allen Umständen darauf zu bestehen, der Landtag am 13. Mai geschlossen wird, obwohl eine große Menge wichtiger Arbeiten zu erledigen ist, besonders die Zweite Kammer in eine peinliche Situation zu versetzen, um eine große Anzahl Vorlagen nicht unerledigt zu lassen, muß ein Verfahren eingeschlagen werden, allen parlamentarischen Grundsätzen Gehrung zu geben, am Dienstag etwa 20 Petitionen dadurch erledigt, ohne Bericht und Debatte einfach darüber abgestimmt zu werden. In einer knappen halben Stunde war so eine große Anzahl Petitionen „erledigt“, die sonst eine mehrtägige Behandlung erfordert hätten.

Und all das, weil es der Regierung und der Ersten Kammer beliebt, einen verfrühten Landtagschluß anzulegen, einer der letzten Sitzungen betonte der Präsident Dr. Vogel, Direktorium der Zweiten Kammer habe alles getan, den Landtagschluß hinauszuschieben, doch habe es gegen den Willen der Regierung und der Ersten Kammer nichts ausrichten können. Wir glauben ohne weiteres, daß das Direktorium der Zweiten Kammer überstimmt worden ist. Ist aber auch das geschehen, was hätte versucht werden können, eine Verabschiedung des Landtags durchzusetzen? Keineswegs! Wenn auf dem Wege gütlicher Verhandlungen nichts erreicht war, hätte das Präsidium der Zweiten Kammer erklären müssen, daß ein so verfrühter Schluß unmöglich sei und entsprechende Maßnahmen ankündigen und annehmen müssen. Man hätte wohl Mittel gehabt, die Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Es wäre nur nötig gewesen, Ergänzungsetat und einige wichtige Etatskapitel liegen zu lassen. Unter Umständen hätte eine der angeführten Vorlagen des Landtagschluß hinauszuschieben.

Freilich, zu einem solchen Vorgehen gehört Entschiedenheit und Rückgrat. Das ist aber in einem Präsidium, das von Liberalen und Konservativen beherrscht wird, nicht zu erwarten. Voraussetzungen zu einem derartigen Verhalten ist eine energiegelbe sozialdemokratische Vertretung im Präsidium. Daß ein solcher Kampf gegen die diktierten Reaktionen eines Ministeriums, wo der Reaktionsführer unumschränkt herrscht, eine Notwendigkeit ist, ergibt sich aus der jetzigen geradezu unmöglichen Zwangslage, die der Landtag verfehrt worden ist, ohne weiteres.

Die gestrigen Plenarberatungen in der Zweiten Kammer sind zum weitestgehenden Teil durch den Eisenbahn-Etat ausgefüllt, mit dem gleichzeitig der Bericht der Finanzkommission über den Antrag Reichthamer für Vereinfachung Eisenbahnverwaltung zur Beratung kam. In der Debatte wurden mehrere nationalliberale Redner nochmals ihre Forderungen nach kaufmännischen Grundsätzen in der Staatsbahnverwaltung. Dabei wurde die Unzuständigkeit des jetzigen Ausschusses mehrfach mit treffenden Beispielen belegt. Welche Aufgabe die Regierung zu der geforderten Vereinfachung einnehmen, ist von uns bereits vor einigen Tagen gekennzeichnet worden. Gestern hat sich die Regierung zu dieser Aufgabe nicht mehr eingehend geäußert. Doch ließ der Finanzminister einige Bemerkungen fallen, aus denen man schließen darf, daß man im Ministerium der Sache doch mehr Aufmerksamkeit schenken wolle, als das nach den Erklärungen in der Debatte zu erwarten war.

Die Genossen Richter und Wirth sorgten durch ausführliche Darlegungen dafür, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten und Arbeiter der Staatsbahnen gerade in den Vordergrund gerückt wurden. Mit einem reichen Material ausgerüstet, kennzeichneten unsere Redner in dieser Beziehung herrschenden Unzulänglichkeiten und Mängel. Die Abschwächungsversuche, die von national-liberaler Seite und der Regierung unternommen wurden, ließen den Eindruck der sozialdemokratischen Darlegungen nicht vernachlässigen. Einen sonderbaren Standpunkt nahm der Eisenbahndirektor v. Sendewitz ein, der eine Untersuchung der dargelegten Mängel nur dann für möglich erachtet, wenn ihm die Namen der Beschwerdeführer genannt werden. Zwischenrufe von sozialdemokratischer Seite belehrten ihn darüber, daß man nicht daran denke, die Gewährung der Mängelregelung der Eisenbahnverwaltung auszuwirken. Nach der empörenden Entlassung der Chemnitz-Fabrik war das Verhalten des Herrn v. Sendewitz ein höchst merkwürdiges. Als er schließlich erklärte, den Genossen keine Rücksicht zu machen, wurde ihm von sozialdemokratischer Seite nachdrücklich klar gemacht, daß man wohl die Vorfälle, doch nach dem Vorhergegangenen jeder Glaube daran fehlte.

Ein sozialdemokratischer Antrag

Bei Vergabung staatlicher Arbeiten die Beschäftigung solcher Unternehmer, die das Koalitionsrecht der Arbeiter achten und Tarifverträge mit den Gewerkschaften vereinbart haben, ferner die Verabschiedung von Streikklauseln in Verträgen für Vergabung staatlicher Arbeiten und Beschränkung in der Beschäftigung ausländischer Arbeiter bei Staatsbauten. Nachdem der Antrag in der Zweiten Kammer über diesen Antrag verlesen war, wurde er der Reichsstaatsdeputation vorgelegt, die darüber auch eingehend beraten hat. In dem erschienenen Berichte ist auch eine Erklärung der Regierung zu dem Antrage enthalten, die zum Teil einen rechtlichen Eindruck macht. Im allgemeinen geht der Bericht dem Antrag zu weit. Soweit das Koalitionsrecht in Betracht kommt, glaubt sie, daß die jetzige Vorschrift, wonach Unternehmer von Lieferungen für den Staat ausgeschlossen sind, die das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter und Angestellten in geschwundener Weise beeinträchtigen, die Forderung nach Berücksichtigung solcher Unternehmer, die tarifmäßige oder mindestens ortsübliche Löhne zahlen, welche die Regierung sympathisch gegenüber, doch müsse die Regierung Bedenken tragen, spezielle Bestimmungen zu erlassen. Darauf kommt es aber zum großen Teil gerade an.

Die Sympathie nützt in diesem Falle gar nichts, sie ist auch sehr billig.

Was die Beschäftigung ausländischer Arbeiter angeht, so ist die Regierung der Ansicht, daß eine solche nicht über das unumgänglich notwendige Maß hinaus stattfinden dürfe, bisher seien auf Staatsbauten wohl verhältnismäßig ausländische Arbeiter beschäftigt worden, aber nicht zu Zwecken der Lohnbrüdererei. Im übrigen verweist die Regierung darauf, daß jetzt eine Bestimmung bestehe, wonach ein Unternehmer, der Staatsarbeiten ausführe und dabei mehr als die Hälfte ausländische Arbeiter beschäftige, dies der Bauleitung zu melden und die Notwendigkeit dieser Maßnahme zu begründen habe. Ueber die Streikklausel wird in der Regierungserklärung folgendes ausgeführt: Die Regierung hat schon bisher die Streikklausel in die Vertragsbedingungen nicht aufgenommen und beabsichtigt dies auch für die Zukunft nicht, sie wird vielmehr über etwaige Anträge auf Verlängerung der vertraglich festgesetzten Fristen oder auf Niederschlagung von Vertragsstrafen von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der jeweilig vorliegenden Verhältnisse und unter strengster Wahrung der Unparteilichkeit Entscheidung fassen.

Das ist eine sehr gebundene Haltung. Die Regierung sagt erst zu, die Streikklausel abzulehnen, der Schluß aber besagt, daß sie die Sache von Fall zu Fall beurteilen, den Unternehmern also schließlich doch Verlängerung der Verträge bei Streiks und Aussperrungen gewähren will.

Alles ist in der Regierungserklärung verschwommen und unbestimmt. Es steht beinahe aus, als wolle man die Sache mit Redensarten abtun.

Die Deputation hat schließlich beschlossen: Die Staatsregierung zu ersuchen, eine Ergänzung der Allgemeinen Bestimmungen über die Vergabung von Leistungen und Lieferungen durch staatliche Verwaltungen im Königreich Sachsen unter Umständen der Berücksichtigung des Antrags der Abgeordneten Fröhsdorf und Genossen im Sinne dieses Beschlusses in Erwägung zu ziehen.

Damit war der sozialdemokratische Antrag zunächst erledigt. Die Zweite Kammer wird sich nun vorwiegend mit dem Antrag Reichthamer beschäftigen. Jedemfalls wird der Deputationsantrag angenommen werden. Ohne weiteres wird dieser Antrag ein positives Ergebnis zeitigen. Es wird nötig sein, daß der Landtag als energiegelber Redner dahinter stehen bleibt und die Regierung vorwärts drängt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden es daran nicht fehlen lassen; es besteht aber wenig Aussicht, daß sie von den bürgerlichen Vertretern hierbei hinreichend unterstützt werden.

Eine Jubiläumsfeier

begingen am Sonnabend die Leipziger Parteigenossen im Verein mit dem Genossen Bebel. Man feierte im intimen Kreise in den Sälen des Volkshauses den Tag, wo Bebel vor 30 Jahren als junger Drechslerjunge in Leipzig eingewandert war. Nur mit großer Mühe war Genosse Bebel, der jedem Personenkultus abhold ist, zu bewegen gewesen, zu der Feier nach Leipzig zu erscheinen. Die Veranstaltung verlief in bester Harmonie und Stimmung. In einer kurzen Ansprache wies Bebel kurz auf die verfloffene Zeit schwerer Kämpfe hin, an denen er sich ja in erster Linie beteiligte, um dann des Ringens zu gedenken, das uns noch bevorsteht, um dem Proletariat den Sieg, eine bessere Welt, zu erringen. Eine weit schwerere Arbeit noch als bisher werde in Zukunft zu leisten sein. Seine Ansprache schloß er mit folgenden Sätzen:

Wir sind die Entwicklung wohl manches Mal zu langsam gegangen und ich habe verschiedentlich meinen Gedanken in Form von Prophezeiungen Ausdruck gegeben. In unseren eigenen Reihen hat man darüber gehöhnt und dies als Illusionismus bezeichnet. Ich mag mich um Tage und Jahre geirrt haben, nicht aber um Jahrzehnte, sicher ist, daß der Sieg kommen muß. Und wenn ich auch nicht mehr dabei sein sollte, so bin ich doch überzeugt, daß die Schar, die hinter uns steht, sich bewußt ist, daß es keine Macht gibt, die ihr widerstehen kann. Ich habe das frohe Bewußtsein, daß diese Schar geistig klarer steht als je zuvor, daß sie zielbewußt und vom Geist der Partei tief durchdrungen ist.

Im nächsten Jahre haben wir die Reichstagswahlen. Ein großer Kampf steht uns bevor. Unsere Gegner sehen den Wahlen mit großem Unbehagen entgegen, sie sind sich ihrer Schuld bewußt. Um so getrosteter müßten sie sein, wenn sie dem Kampfe entgegen traten. Sind wir auch im Jahre 1907 insofern unterlegen, als wir eine Anzahl Mandate eingebüßt haben, so können wir uns um so größerer Zuversicht in die Zukunft bilden. Freilich muß bereit sein, seine letzten Kräfte zu opfern, denn der Kampf wird nicht leicht sein. Um so glänzender aber der Sieg, je schwerer der Kampf. Ebenso sicher ist dann auch, daß ein solcher Sieg dazu führen muß, die ganze bürgerliche Gesellschaft zu um so heftigerem Widerstand gegen uns zusammenzuschließen. Die Gegner wissen, es geht um ihre Existenz. Aber jeder neue Sieg, den wir erringen, der führt uns näher dem endgültigen, entscheidenden Kampfe. Wir gehen ihm entgegen und bauen auf unsere Kräfte und unsere Idee, die zum Siege führt. Alle Bemühungen der Gegner werden vergeblich sein, eine Gesellschaftsordnung, die alle Bedingungen ihrer Lebensfähigkeit verloren hat, muß untergehen. Die Partei, die diesen Sieg erringt, sie lebe hoch!

Mit jubelnder Begeisterung stimmten die Festteilnehmer in ein dreifaches Hoch auf die Sozialdemokratie ein.

Chemnitz. Eine Kreisversammlung des 15. sächsischen Reichstagswahlkreises (Rittweida-Limbach) tagte am Donnerstag in Chemnitz. Sie befaßte sich in der Hauptsache mit Presseangelegenheiten. Ueber die Grundstücksverwertung für den Neubau der Volkshäuser in der Dresdener Straße machte Genosse Köhler-Burgstädt ausführliche Mitteilungen, die den Genossen das ganze Projekt klar verdeutlichte. Es handelt sich bei der Durchführung dieses Projektes um ein Objekt von rund 300.000 R. So umfangreich die Aufgabe auch werden, bei der Entwicklung, die das Geschäft in den letzten Jahren genommen hat, müsse in absehbarer Zeit den Verdoppelung des Betriebs der Volkshäuser gerechnet werden; darauf ist beim Neubau Rücksicht genommen worden. Der Erhöhung des Abonnementpreises der Volks-Zeitung von 60 auf 70 Pf. wurde mit großer Majorität zugestimmt. Bedauernd wurde, daß der 16. Kreis, der am meisten nach dem Ausbau der Zeitung gefürchtet hat, die 10 Pf. mehr abgelehnt hat.

Treuen. Der Sozialdemokratische Verein hatte an den Stadtrat eine Eingabe gerichtet um Aufhebung oder wenigstens Herabsetzung der Gebühren für Erteilung des Bürgerrechts. Der Stadtgemeinderat hat aber das Gesuch abgelehnt. Nach dem Verdict im Amtsblatte wurde das Gesuch gegen eine Stimme abgelehnt, weil von einer traurigen wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung keine Rede sein könne. Für die Ablehnung des Gesuchs haben auch sämtliche freisinnigen Stadträte und Stadtverordneten gestimmt.

Ramen. Gegen die Wahl unfreier Genossen Behner zum Stadtverordneten war bekanntlich von bürgerlicher Seite Protest bei der Kreishauptmannschaft eingereicht worden. Nachdem die Kreishauptmannschaft die Protestgründe nicht als stichhaltig anerkennen konnte und die Wahl nicht für ungültig erklärte, wandte sich der antisemitische Klüngel an das Ministerium des Innern. Auch dieses konnte jetzt dem Protest keinen Beschuldigung abgewinnen; jetzt wird sich nun das Oberverwaltungsgericht noch mit dem Wunsche der bürgerlichen Sozialistenfreier beschäftigen. Ihr Verfall ist auch hier sicher besiegelt. Aber sie wollen es ja so haben.

Baugen. Die hiesige Stadtverwaltung hat's der Dresdner nachgemacht und einen Teil der städtischen Eingangsabgaben, die bekanntlich am 1. April fallen mußten, aufrecht erhalten und andere neu eingeführt. Alle Fische, mit Ausnahme der Perlinge, ob im gefalzenen, gefälzten, geräuchernden und getrockneten Zustande, werden mit zwei Pfennig pro Kilo zur Steuer herangezogen. Für Steinfischen muß eine Eingangsgebühr von 1,50 R. für Braun- und Weißfische eine solche von 1 R. für 10.000 Kilo entrichtet werden. Sind die Gewichtsätze niedriger, so werden niedriger Abgaben bis zu drei Pfennig herab entrichtet. Die einfachen oder Halbtiere werden mit 30 Pf., andere Vierarten mit 65 Pf. extra zur Steuer herangezogen. Man will auf solche Weise 30.000 R. für das Stadtbücherei locher machen. — Das Steuerregulativ hat bereits die Genehmigung der Kreishauptmannschaft gefunden.

Jittan. Aus Waldorf wird der Volkszeitung berichtet: Bei der letzten durch den Beamten der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft vorgenommenen Betriebsrevision hatten sich bei einem in den allerdürftigsten Verhältnissen lebenden Manne kleine Mängel herausgestellt. Infolge dessen wurde er von der Berufsgenossenschaft in eine Strafe von 1,06 R. (1) genommen. Der auf fremde Unterstützung angewiesene Mann war außerstande, die Strafe zu entrichten. Er wurde deshalb dieser Tage ausgepfändet, wobei ihm durch den Gerichtsvollzieher eine Bettstelle und eine Lade weggenommen wurden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Von einer Kreuzotter gebissen wurde der Schullehrer Schuster in Baugen, der auf einem Schuttabladeplatz herumtollte. Der Anabe war im Glauben, eine Angelnatter vor sich zu haben, ergriff aber eine Kreuzotter, die ihm in den Arm biß, der sofort anschwoll. Dem Umstande, daß der Biß der Kreuzotter in der Jetztzeit nicht so harmlos als in heißen Sommerlagen, ist es zu danken, daß weiter keine nachteiligen Folgen entstanden sind. — Aus Liebstücken traf ein in Leipzig im Stehende befindliches 22 Jahre altes Dienstmädchen in einem Anfälle von Sauerwut Schmelzläure. Die Lebensmilde erreichte ihren Zweck nicht. Sie wurde mittels Krankenwagens in das Jahn-Hospital übergeführt. — In Chemnitz ließ sich ein Polizeibeamter durch einen erkrankten Sohn die Haare schneiden. Infolge eines unglücklichen Zufalles stieß der Sohn den Vater mit der Schere in ein Auge, das sofort ausblutete. — Am Montag erlitt sich ein Sauerwut der beim Postamt 1 in Chemnitz angestellte Ober-Postkassier S. Er war wegen seines Leidens bereits seit einigen Monaten dienstunfähig. — In Bärten bei Rochitz schlug der Blitz in die Wohnung des Hausbesizers Gerlach. Besätze von den in der Stube befindlichen vier Kindern einen fünfjährigen Knaben, auf dessen Brust sichtbare Spuren zurücklassend, zerschmetterte sämtliche Fenster und fast alle Wirtschaftsgegenstände. — In Reiersdorf l. B. erhängte sich aus Furcht vor Strafe der 14 Jahre alte Sohn des Ausbesizers Krieger. — Geistesgegenwärtig belandete ein fünfjähriges Mädchen in Pockau. Als ihre um ein Jahr jüngere Spielgefährtin in die Wüste gefallen war, hielt sie die Kleine so lange fest, bis beide aus ihrer gefährlichen Lage durch herbeieilende Leute befreit werden konnten.

Stadt-Chronik.

Die Versuchsschule

Ist der neueste Fortschritt auf pädagogischem Gebiet, der in München zuerst praktische Folge haben soll. Die Versuchsschule ist eine Stätte, an der man durch passend durchgeführte Versuche die Bedingungen feststellt, unter denen Kinder am besten gedeihen. Mit anderen Worten, in der Versuchsschule prüft man pädagogische Fragen im kleinen Rahmen, untersucht und befestigt ihre Vorzüge und beseitigt Unbrauchbares, ehe man sie der allgemeinen Schule übergibt. Auf diese Weise wird die Schule teils vor Schaden bewahrt, teils werden ihr neue und bessere Methoden eröffnet.

Die Versuchsschule hängt schon in der Luft, und es ist mir zu verwundern, daß sie nicht früher zur Tat geworden ist. Kaum war das Wort ausgesprochen und das allgemeine Interesse war da; zuerst und vor allem in den Kreisen der Volksschullehrer und -lehrerinnen, aber auch nicht minder in breiten Schichten der Bevölkerung der Stadt München. Die ersten Anregung der Forderung Versuchsschule, eine kleine Gruppe von 7 Personen, suchten im vorigen Jahre die Frage dadurch zur Sprache zu bringen, daß sie im Oktober 1909 einen Kindergarten — den Neuen Kindergarten Schwabing — ins Leben riefen. Dieser sollte der Grundstein werden für eine Versuchsschule, von der man hoffte, daß sie im Laufe des Jahres vom Magistrat übernommen werden würde. Aus den Kreisen von Lehrern und Lehrerinnen erging die Aufforderung, diese Schule sobald wie möglich der Volksschule anzugliedern. Es fanden zwei Konferenzen statt zwischen den Anregern der Versuchsschule und den Vorstehenden aller Münchner Lehrer- und Lehrerinnenvereine. Man sprach sich über die ganze Frage klar und unvoreingenommen aus und einigte sich gegenseitig über folgende grundlegende Punkte: Eine Versuchsschule ist notwendig. Die Versuchsschule muß vom Magistrat gegründet und geleitet werden und der Volksschule angegliedert sein. Die Versuchsschule hat die Aufgabe, Unterrichts- und Erziehungsmethoden zu prüfen; eines ihrer ersten

Möbel- und Warenhaus „Merkur“

Kredit nach auswärts!

Auf Kredit

erhalten Kunden, die ihr Konto beglichen haben, und Beamte

Möbel, Konfektion und andere Waren ohne Anzahlung!

Zum Pfingstfest!

Herren- und Knaben-Anzüge Paletots, Pelerinen, Stiefel Damen-Jackets, Kostümröcke } Anzahlung von **5 Mark** an
Blusen, Unterröcke } Anzahlung von **3 Mark** an
Schirme, Wäsche usw.
Einzelne Möbel, Spiegel Polsterwaren, Uhren } Anzahlung von **5 Mark** an
Kinderwagen }
Abzahlung von **1 Mark wöchentlich** an.

10% Rabatt Zahnlücken ganz frei! mündlich erklärt!

Achtung!

Nicht mehr Mitglied der **Vereinigung Dresdner Waren-Kredit-Geschäfte** und demzufolge an deren Boykott der Dresdner Volkszeitung nicht beteiligt, deshalb

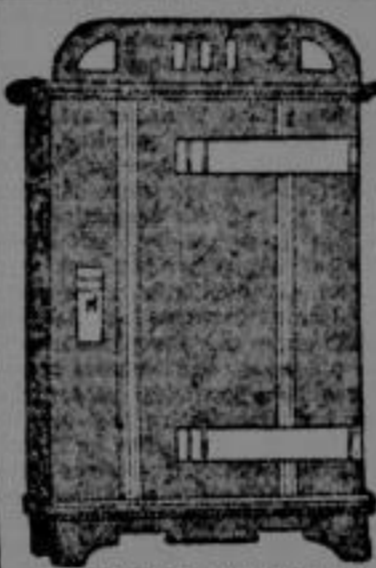
Bitte lesen!

Arbeiter! „Auf zu Merkur!“

Pillnitzer Str. 44, I.

Die schnelle Wirkung des Lamtheider Stahlbrunnen

bei der **Blutschwäche** ist mehrfach in der Literatur hervorgehoben worden. Zunächstlich wurde bei vierwöchigen Kur eine Zunahme des Hämoglobingehalts um 25 Prozent und eine Dehnung des Körpergewichts um 7 Prozent beobachtet; im Einzelfalle stieg die Zunahme des Hämoglobins bis über 60 Prozent und die Vermehrung des Körpergewichts bis zu 14 Prozent. Das sind Resultate, wie man sie mit künstlichen Eisenpräparaten wohl nur ausnahmsweise erreicht. — In Stelle der körperlichen und geistigen Depression tritt **Wohlbefinden** und immer mehr zunehmende **Arbeitslust**; die **Schmerzen** im Kopf und an den Füßen **schwinden** zugleich mit dem gelegentlich anzutreffenden **Cedem** der Füße. (Prof. Dr. Liebreich.)
Aus Briefen: „Schon nach 14 Tagen zeigte sich der Gebrauch des Wassers als prophagisch wirkend. Nach beendeter Kur war das Allgemeinbefinden überaus gut, der Appetit erheblich besser, sonst regelmäßige chronische Kopfschmerzen sind ganz verschwunden.“ — „Es freut mich, über den wunderbaren Heilserfolg, der sich plägend bewährt hat, Mitteilung machen zu können. Die Beschwerden sind vermindert: Kräftigung des Körpers, Appetit und ruhigen Schlaf habe ich wieder erlangt. Ich kann nun wieder arbeitsfähig in meinem Berufe wirken.“ — Trinkluren im Hause waren empfohlen bei Blutarmut, Blutschwäche, Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, 4. B. nach Blutverlusten infolge Operationen, Wochenbetten usw., nach überhandenen erschöpfenden Krankheiten, wie Influenza usw. — Mitteilungen über Auerrolat, Bezug des Brunnenkostenlos durch: Lamtheider Stahlbrunnen in Düsseldorf S. 181.



Hausapothek, dunkel Eiche.



Geschenkt bekommen Sie

neben abgebildete und noch viele andere hübsche Gegenstände, wenn Sie **Gentner's Schuhcreme**

„Nigrin“

in Ihrem Haushalt verwenden.

Alleiniger Fabrikant: Karl Gentner, Fabrik chem.-techn. Produkte, Göppingen.

Die einheimische Industrie

verarbeitet die Cocosnüsse und Oel-saaten, aus denen die feine Pflanzenbutter und das Speiseöl gewonnen wird, welches zur Herstellung dient der beliebten

Palmato

allerfeinste Pflanzenbutter-Margarine, wirklicher Ersatz für feinste Meiereibutter, und

Manna

das feinste Cocos-Speisefett zum Kochen, Braten und Backen, von grösster Ausgiebigkeit und sparsam im Gebrauch.

Überall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:

A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Ein Buch, das viele Wünsche erfüllt

Im Verlage Rade & Komp., Dresden erschienen:

Kometen

Wissenschaft u. Aberglauben

Astronomisches und Kulturgeschichtliches

von

Fritz Düvel und Franz Dieberich.

Mit Bildnissen Halleys und des sächsischen Bauernastronomen Politzsch in Kunstdruck und 25 Abbildungen im Text.

Diese Schrift, 120 Seiten großen Formats umfassend, unterrichtet anschaulich in gemeinverständlich Darstellung über alles, was wir von den Kometen wissen, geht besonders auf den **Halleyschen Kometen** ein und betrachtet eingehend die Rolle, welche die Kometen durch Jahrtausende hin und vor allem in den letzten Jahrhunderten im Aberglauben gespielt haben.

Preis 1 Mark.

E. Rad, Preis 75 Pf., dunkl. u. Ang. | Ein schöner Kinderwagen ist bill. 50 Pf., 25 Pf. vert. Rosenstr. 41, Lr. | Ein schöner Kinderwagen ist bill. 50 Pf., 25 Pf. vert. Rosenstr. 41, Lr. | Ein schöner Kinderwagen ist bill. 50 Pf., 25 Pf. vert. Rosenstr. 41, Lr.

Veraltete Auslässe der Harnröhre

behandelt seit 14 Jahren mit gutem Erfolg

Frdr. Heimberg, Naturheilkundiger

Bautzner Str. 32, 2.

Gebr. Kinderwagen

gut erhalt., billig zu verk. Kaufhpl., Diegidstraße 10, I. L.

Berhältnißhalber

2 engl., 2 gewöhnl. Beistellen mit **Vatentmatr.**, neu, bill. verk. **Türschl.** 20 im Restaurant.

Lehrer, Klagen, Reklamationsw. v. d. Zimmermann, Torgauerstr. 30.

Die Überdigung unserer so plötzlich durch den Tod entziffenen lieben hoffnungsvollen Sohnes und Bruders

Kurt Heide

erfolgt Donnerstag nachm. 3 Uhr von der Halle des Höttauer Friedhofes aus.

Die schwergeprüften Eltern und Geschwister.

Höttau, Döblener Str. 28, 2.

Nur Grosse Brüdergasse 51. Monats-Garderobe!

Elegante, wenig getragene Herrenanzüge, Paletots, Hosen, beste Stoffe mit guter Verarbeitung, von Anzählern, Trenchcoats, Studenten und besseren Herrschaften, so saubere billige Herrenanzüge sind ein großer Vorteil neue Herren- und Kinderanzüge (Rusterlachen), sowie ca. 400 Paar einzelne Hosen angefertigt, um schnell zu räumen, spottbillig bezahlte. Herrenanzüge von 7.50 M. an, Jacketts 2 M., Kinderanzüge aus besten Stoffen von 4 M. an. Westen 50 Pf., schwarze Gebrauchsgegenstände und Herren-, sowie Schuhwerk und Sommerwäsche in grösster Auswahl.

Dresden - Altstadt 51. Reich Grosse Brüdergasse 51.

Sport! Reise!

ff. Schweinefleisch in Gelee

das Beste für Touristen und Sportisten.

ff. Landjäger

Appenzeller (Schweizer) System. Delikateste Wurst empfiehlt

Ernst Halm, Maternistrasse 10.

Restaurant.

F. Herren- u. Damen-Rad. beste deutsche Fabrik. Verb. halt. ganz billig. Ammonstrasse 51, 1.

Schwarze Anzüge Zylinder, Schuber, Altona.

Verband der Fabrikarbeiter

Zahlstelle Plauenscher Grund.

Nachruf.

Am Montag starb unser Kollege

Wilhelm Thomas

im Alter von 62 Jahren. — Ohne seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag den 12. Juni, nachm. 1½ Uhr, vom Trauerhause Tölzchen, Dresden, Straße 48, 2. statt.

Die Verwaltung.

Sie kaufen am billigsten Herren- und Damen-Rad, beste deutsche Fabrik, Verb. halt. ganz billig. Ammonstrasse 51, 1.

Sämereien für Feld, Gemüse, Blumen

Ernst Dressler

Leipziger Straße 10

Prämien-Bonus

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. empf. J. Reiter, Meissen

150

Uhren

Annenstrasse 10

März 1914

Fahrräder, Nähmaschinen

Reparaturen aller Arten

Sämtliche Ersatzteile

Valentin Wolf, Dresden

Möbel-Ausstattung

max. halt. emp

Wann ganz andere Standpunkt eingenommen. Heute aber fällt er durch den Mund seines Vertreters, des Handelsministers, auf die andere Seite. (Sehr richtig! d. d. Saal.) Ich halte mich um so mehr verpflichtet, meinen Bedenken deswegen Ausdruck zu geben, als die Bestimmungen des § 18 der Industrie jede freie Betätigung unmöglich machen (Sehr richtig! bei den Saal u. Volksp.) und weil ich auch eine große Gefahr darin sehe, wirtschaftliche Gegensätze mit sozialpolitischen Konflikten zu verknüpfen. Ich halte es durchaus für berechtigt, Sicherheit zu verlangen, daß sich die Verhältnisse in Zukunft nicht so gestalten, daß die Arbeiter die Leidtragenden sind. Ich halte es aber für falsch die Sorge für die Arbeiter in ein rein wirtschaftspolitisches Geleise hineinzubringen. (Widerpruch bei den Saal.) Sie möchten am liebsten alles verstaatlichen und -sozialisieren. (Sehr richtig! bei den Saal.)

Aber so weit sind wir noch nicht; wären wir so weit, dann wäre es vorher mit Deutschland aus. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ich bin einer der wenigen meiner politischen Freunde, die gegen das Geleise sind, weil ich in ihm einen der gefährlichsten Schritte erblicke, die seit 40 Jahren im Reichstag gemacht worden sind. Die Bedenken gegen das Geleise werden nicht durch die Vorteile, die der Industrie geschaffen werden, aufgehoben. Wenn die Industrie wirklich gefördert werden soll, darf sie nicht so scharf belastet werden, wie durch die §§ 11-14 und 18. Was wird denn die Folge sein? Heute hat einer unserer bekanntesten Reichstagsabgeordneten im Tag einen interessanten Artikel geschrieben, in dem er von dem Kalteisberg sagt, es bricht für die deutsche Industrie eine neue Katastrophe. (Hört, hört!) Sie haben nun die §§ 11 bis 14 und den § 18 mit den augenblicklichen Verhältnissen in der Metallindustrie begründet. Diese besonderen Verhältnisse gebe ich ohne weiteres zu. Aber andererseits leben Sie heute schon, ehe der Entwurf Geleise geworden ist, wobei uns (solches Vorgehen) führen wird. Deshalb stimmen ja auch die Sozialdemokraten für das Geleise. (Hört, hört!) bei den Nationalliberalen.) Und ein führender Abgeordneter des Reichstags will schon ähnlich in den anderen Industrien vorgehen. Ich nicht das dringende Ersuchen an die Regierung und den Handelsminister, auf diesem Wege um Gestimmtes nicht weiter zu gehen. (Schallende Heiterkeit bei den Saal.) Unsere Industrie steht im ersten Kampfe nicht nur in Deutschland, sondern auch mit dem Ausland. Da dürfen wir nicht durch Preisfestlegungen noch oben hin ihr die Kehle zuschnüren. Die Löhne haben eine steigende Tendenz, da dürfen auch die Preise nicht noch oben hin gebunden werden. Schlagen Sie die Industrie tot, dann schlagen Sie auch den Arbeiter tot. (Gelächter bei den Saal.) Ich fordere den Handelsminister auf, energisch Stellung zu nehmen gegen jeden Versuch, diese erste Lösung des Problems auf andere Industrien zu übertragen. Bisher ist schon in der nächsten Reichstagsession, bei der Reichsversicherungsordnung und beim Deutscherbeleg, werden derartige Beschlüsse gemacht werden, aber ich warne den Minister dringend, diesen Weg weiter zu beschreiten, denn dann ist es mit Deutschland zu Ende. (Beifall links, Gelächter bei den Saal.)

Staatssekretär Endow: Mit dem Grundlag, Preispolitik und Sozialpolitik nicht zu verknüpfen, bin ich einverstanden. Trotzdem bitte ich um Zustimmung zum § 11, weil es nicht gerecht und billig wäre, daß die Detablung der Preise in der Metallindustrie auf die Arbeiter abgewälzt wird. Daß wir das nicht zulassen, bildet kein Präjudiz für andere Fälle.

Zur Antrag des Abg. Reuter (Volksp.) wird die Debatte über § 18, der die Festlegung der Verkaufspreise enthält, mit der Debatte über § 11 bis 14 verbunden.

Abg. Dr. Korfisch (Vund d. Landw.) wendet sich gegen die Aufnahme der sozialpolitischen Bestimmungen, die ein Ausnahmegericht darstellen.

Abg. Behrens (Wirtsch. Volksp.): Für Tarifverträge ist die Voraussetzung das Vorhandensein einer Organisation; gerade daran fehlt es in der Metallindustrie, und deshalb wären die in der Kommission gefällten Anträge der Sozialdemokraten praktisch unzulänglich.

Abg. Reuter (Volksp.) beantwortet einen Antrag auf weitere Detablung der Preise im § 18 und kritisiert es scharf, daß in der Kommission auch Kali-Interessenten mitgewirkt hätten.

Abg. Vogel (natl.) wendet sich gegen den Antrag Reuter.

Abg. Freiler v. Rüdtholm (natl.): Für einen Teil meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß auch wir erhebliche Bedenken gegen den § 18 haben und nur deshalb für ihn stimmen, weil sonst das Geleise nicht zustande kommt, das für die Industrie, die Landwirtschaft und die Arbeiter notwendig ist.

Abg. Quö (Saal): Der Regierungsentwurf enthält die sehr wesentliche Züge, daß für die Arbeiter gar nicht gesorgt wurde, und gegen diese Züge hatte Herr Gotheim prinzipiell nichts einzuwenden. In der Kommission haben keine Freunde einen Antrag gestellt, der so recht zeigte, wie die Herren über Sozialpolitik denken. Als es sich darum handelte, daß infolge der Quotenübertragung Arbeiterentlassungen eintreten werden, hatten wir beantragt, den davon betroffenen Leuten eine Entschädigung zu geben. Die Kommission dagegen haben lediglich den Antrag gestellt: Quotenübertragungen sind gestattet. Und das zu einer Zeit, wo wir zufolge der Vorgänge im Ruhrgebiet ein reiches Material zur Beurteilung der Nützlichkeit der Quoten hatten, wo schon Hunderte von Arbeitern infolge der Quotenübertragung entlassen waren; zu einer solchen Zeit stellen Sie diesen Antrag, der keine Einschränkung der kapitalistischen Willkür und Proflut zulassen wollte. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Larin kam ihr Charakter in bezug auf Sozialpolitik zum Ausdruck. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Gotheim hat uns getarnt, dem Geleise zugestimmt. In der Kommission hat er uns sogar den seltsamen Satz stützt und zugeworfen, Marx würde sich angesichts unseres Verhaltens im Grabe umdrehen.

Aber wenn irgend etwas unser Verhalten begründet, so sind es die Reden der Kollegen Weber und Gotheim. (Lebhafte Zustimmung bei den Saal.) Es ist mir aufgefallen, daß Herr Gotheim, was ihm sonst fern liegt, sich die Argumente der Tarifmacher zu eigen machte, um gegen das Geleise Sturm zu laufen. Man soll sich vor den Konsequenzen hüten, mit er aus, also ganz dasselbe, was auch der Zentralverband der Industriellen sagt. Wir wollen die Konsequenzen ruhig der Zukunft überlassen; aber die Konsequenzen, die die Kollegen Gotheim und Weber ziehen, nötigen uns zur Zustimmung. Wenn die Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter in das Geleise nicht hineingelassen wären, so hätten Sie noch 14 Tage oder 3 Wochen nach Vorfällen hier sitzen können, und das Geleise wäre nicht berührt worden. So liegen die Dinge. (Lebhafte Zustimmung bei den Saal.)

Sie sind hier als die Vertreter der Armen und Unterdrückten, und wir ergreifen jede Gelegenheit, um für die Armen und Unterdrückten etwas herauszuholen, und darin werden wir fortfahren im Interesse der Allgemeinheit gegen die Willkür des Kapitalismus. (Lebh. Beifall bei den Saal.)

Abg. Gotheim (Wirtsch. Volksp.): Als der Antrag der Sozialdemokraten in der Kommission nach gar nicht vorlag, haben wir uns schon in jeder Weise bemüht, das Interesse der Arbeiter wahrzunehmen. Auch heute habe ich erklärt, daß wir für die §§ 11-14 stimmen werden. Die Angelegenheit des Abg. Quö sind wir daher unverständlich.

Zum Schluß die Debatte. Die §§ 11-14 und § 18 werden nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen, ebenfalls die §§ 15-17. Bei § 19, der dem Bundesrat die Befugnis gibt, den Reichern größter Mengen Rohstoffe einen entsprechenden Absatz zu gewähren, beantragt

Abg. v. Bradhausen (natl.), anstatt des Tages in diesem Paragraphen alle Abnahmen nicht es sei, sich zur Erlangung vorstehender Abzüge zu Vereinigungen zusammenzuschließen, die Worte zu setzen: Verträge zwischen Kalinerwerbigen und Abnehmern dürfen keine Bestimmungen enthalten, die den Zusammenschluß von Abnehmern zu rechtlichen Vereinigungen verhindern oder verbieten.

Abg. Heine (Saal): Ich bitte Sie, diesen Antrag, der nur redaktionell aussieht, aber tatsächlich das, was die Kommission beschlossen hat, im wesentlichen wieder aufhebt, abzulehnen. Die Kommission hat grundsätzlich die Händler den anderen Abnehmern

gleichgestellt. Wenn nun der Antrag von rechtsfähigen Vereinigungen gleichgestellt ist, so will er damit offenbar die Möglichkeit aufrecht erhalten, solchen Vereinigungen, die nicht rechtsfähig sind, die Bahnzüge auf allen Stationen wieder einzuführen zu lassen. — Auf Voranschlag des Präsidenten wird der Antrag vereinfacht durch Vermeidung der Verstaatlichung der sächsischen Eisenbahnen durch Verminderung der Anstalten und Erhöhung ihrer Leistungsmöglichkeit, damit den Ansprüchen, die der Verkehr in einem Lande mit und in mehr kaufmännischer Weise gewahrt werden kann, die Bahnzüge mit in Schlichterung genommen. Die Finanzkommission beantragt hierzu, die Staatsregierung zu ersuchen, den Antrag mit den ausliegenden Ausdrücken zu versehen, zu beraten und dem nächsten Landtage über diese Beratungen eine Bescheinigung zu übersenden. Nach einigen Ausführungen des Berichterstatters Abg. Reuter (natl.) und des Abg. Dr. Korfisch (Vund d. Landw.) wird der Antrag in der Sitzung des Reichstages angenommen.

Abg. v. Bradhausen (natl.): Es handelt sich bei dem Antrag nur darum, daß die Kalinerwerbigen in die Lage versetzt werden sollen, nur mit rechtsfähigen Vereinen Verträge abzuschließen, ob es nun Händler sind oder nicht, ist gleich.

Abg. Heine (Saal): Nicht darum handelt es sich, mit wem Kalilerwerbigen Verträge abzuschließen, sondern darum, ob sie es leisten dürfen, daß an nicht rechtsfähige Vereine nicht geliefert werden soll. Ich möchte die Regierung fragen, wie sie sich zu dem Antrage stellt.

Staatssekretär Endow: Der Regierung sei es gleich, ob der Antrag angenommen würde oder nicht.

Der Antrag v. Bradhausen wird abgelehnt. § 19 der Kommissionsfassung angenommen.

Die nächsten Paragraphen werden debattelos angenommen. § 20 regelt die Abgaben der Kalinerwerbigen bei Lieferungsverträgen der angelegenen Abgabe von Kalialien. Hierzu liegt ein Antrag Dr. Korfisch (natl.) vor, die Abgaben für Lieferungsverträge vor dem 17. Dezember 1910 zu ermäßigen.

Abg. Gotheim (Wirtsch.) erklärt die Behauptungen in der Presse, daß er an dem Kalinerwerbigen entweder selbst oder durch seine Verwandtschaft interessiert sei, für vollständig erfunden und wendet sich dann unter großer Unruhe der Reden und des Getuschels gegen die Anträge, welche die Bestimmungen über das Lieferkontingent überhaupt auf frühere Verträge anwendbar machen und fragt, ob Amerika nicht dergleichen Vorstellungen erhoben habe.

Staatssekretär Endow: Ich erkläre, über die vertraulichen Verhandlungen mit Amerika nicht Auskunft geben zu können. Sie werden uns von den Grundfragen der Willkür und Gerechtigkeit leiten lassen. Heutzutage seien andere Staaten bei der Anwendung von Willkürverordnungen auf früher beschlossene Verträge viel zurückhaltender vorgegangen als hier. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Saal.)

Abg. Albrecht (Saal): Nachdem das Monopol abgelehnt war, haben wir für die Kontingentierung gestimmt und müssen demgemäß auch für die Abgaben für das Lieferkontingent stimmen. Der § 21 ist aber doppeldeutig, er will nicht nur diejenigen bestrafen, die in Zukunft gegen das Geleise verstoßen, sondern die dagegen verstoßen haben, bevor es gemacht war. Wenn wir uns dagegen wenden, wollen wir nicht die Interessen von Herrn Schmidmann wahren, sondern die der Arbeiter und Gemeinden, die allerdings gefährdet werden, wenn große Arbeiterentlassungen eintreten, falls durch Anwendung der Bestimmungen auf früher geschlossene Verträge etwa die Firma Schmidmann die Produktion erheblich einschränken müßte.

Abg. Tannenberg (Wirtsch.) begründet einen Antrag, die Bestimmungen nur auf einzelne Lieferungsverträge anzuwenden, nicht auch auf Optionsverträge wie die der Firma Schmidmann.

Abg. Quö (Saal): Im Interesse der Würde des Parlaments will ich darauf aufmerksam machen, daß Herr Tannenberg noch kein an den Kalinerwerbigen interessiertes Mitglied hier das Wort genommen hat. Herr Tannenberg ist aber der allerletzte, der nach den Erfahrungen, welche die Käufer der Dagoalisen gemacht haben, hier Vorkaution machen dürfte. Wir haben alle Ursache, hier kein Panama aufkommen zu lassen, und dafür zu sorgen, daß der Reichstag nicht zu einer Schandthat herabgewürdigt wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Saal.)

Präsident Graf Schwerin: Diesen Vorwurf dürfen Sie einem Abgeordneten nicht machen.

Abg. Quö (fortfahrend): Auch in der Kommission haben wir sachlich verhandelt, und nur einmal gerieten wir persönlich an einander, als nämlich Herr v. Tannenberg sich ganz unberufenerweise an einer Zusammenkunft beteiligte und die Interessen eines ihm nachstehenden Herrn vertrat. (Aus rüch: Unerschämtheit!) Damit schließt die Diskussion. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Tannenberg (Wirtsch.): Herr Quö tritt mich bei jener Zusammenkunft bereits an, bevor ich gesprochen. Der Vorsitzende Herr Dove erklärte mir, ich hätte ein Recht, an der Zusammenkunft teilzunehmen. Die Gründung, an der ich beteiligt bin, ist 14 Jahre alt, sie ist keine laute Gründung, sondern sie befindet sich längst im Umbau und gilt als eines der besten Werke.

Abg. Dove (Volksp.): Es handelt sich nicht um eine Kommissionsfrage, sondern um eine freie Zusammenkunft der Mitglieder. Als Herr Tannenberg mich fragte, ob auch Nichtmitglieder daran teilnehmen dürfen, bejahte ich das. Daß er persönlich interessiert war, mochte ich nicht. (Hört, hört! bei den Saal.)

Abg. Quö (Saal) stellt die Darstellung des Abg. v. Tannenberg richtig.

§ 22 wird mit dem Antrag Korfisch angenommen. Der Rest des Geleises wird nach unwesentlichen Details angenommen.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Zur Antrag Spahn (J.) wird ohne Widerspruch beschloffen, gleich die dritte Lesung vorzunehmen. (Der Reichstagsleiter ist im Saale erschienen.)

Zur Antrag Reim (J.) wird das Geleise gegen die Stimmen der Reichstagsmitglieder und Velen einstimmig angenommen.

Der Präsident erhält die Vollmacht, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen.

Abg. Dr. Dieder (natl.) spricht dem Präsidenten den Dank für seine Geschäftsführung aus. (Beifall, aufsteigender Beifall.)

Präsident Graf Schwerin-König dankt dem Vordredner für seine Worte und dem gesamten Hause für die Unterstützung, die es ihm in seiner Geschäftsführung gewährt habe. (Aufsteigender Beifall.)

Reichstagsleiter v. Seimann-Hollweg verliest die Vorhaft, wonach der Reichstag bis zum 8. November vertagt wird.

Präsident Graf Schwerin-König bringt, während der Sozialdemokraten den Saal verlassen, das Kaiserhoch aus.

Schluß: 10 Uhr.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

Sitzung vom 10. Mai, nachm. 2 Uhr.

Am Regierungstische: Finanzminister Dr. v. Kügel. Zunächst werden 24 Petitionen der verschiedensten Art in rascher Aufeinanderfolge erledigt. Sie werden ohne Bericht und Debatte nach den Vorschlägen der Deputation teils der Staatsregierung zur Kenntnisnahme bzw. Verordnungsüberweisung, teils bleiben sie auf sich beruhen. Unter den Petitionen befindet sich auch eine solche der Stadt Rillau um Bewilligung einer Staatsbeihilfe zu den Kosten, die der Stadt Rillau durch Bestämpfung der Ranne erwachsen sind. Die Kammer beschließt antwortsgemäß, sie auf sich beruhen zu lassen.

Zu Kap. 92 (Titel 23) des sächsischen Staatshaushalts-Etats, Technische Hochschule zu Dresden

beantragt die Deputation, die erste Rate für den Neubau eines Gebäudes für die Ingenieurabteilung und das wissenschaftlich-photographische Institut einschließlich innerer Einrichtung und Ausstattung, sowie für Erweiterung und Ordnung des Holz- und Gipslaboratoriums unter Erhöhung der Gesamtsumme von 1740 000 M. auf 1 962 174,50 M. mit 320 000 M. zu bewilligen. Ohne Debatte beschließt das Haus entsprechend.

Darauf wird in Schlussberatung über Kap. 10, Etat der Staatseisenbahnen

eingetreten. Die Finanzdebatte B beantwortet, die Kammer hat 100 725 750 M. und die Ausgaben mit 129 201 700 M. zu bewilligen und die Ausgaben mit 129 201 700 M. zu bewilligen und die Ausgaben mit 129 201 700 M. zu bewilligen. — Auf Voranschlag des Präsidenten wird der Antrag vereinfacht durch Vermeidung der Verstaatlichung der sächsischen Eisenbahnen durch Verminderung der Anstalten und Erhöhung ihrer Leistungsmöglichkeit, damit den Ansprüchen, die der Verkehr in einem Lande mit und in mehr kaufmännischer Weise gewahrt werden kann, die Bahnzüge mit in Schlichterung genommen. Die Finanzkommission beantragt hierzu, die Staatsregierung zu ersuchen, den Antrag mit den ausliegenden Ausdrücken zu versehen, zu beraten und dem nächsten Landtage über diese Beratungen eine Bescheinigung zu übersenden. Nach einigen Ausführungen des Berichterstatters Abg. Reuter (natl.) und des Abg. Dr. Korfisch (Vund d. Landw.) wird der Antrag in der Sitzung des Reichstages angenommen.

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Abg. Reuter (natl.): Der Etat muß künftig überflüssigen Aufwands für die Eisenbahnen eingespart werden. Wir sind im Saale in bezug auf die Eisenbahnen sehr zurückgefallen, was die Verstaatlichung der Eisenbahnen anbelangt, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine ganz veraltete, die aus unserer Bahn herausgewirkt wird, in der Welt, die uns hier angeht, wird. Weltliche Eisenbahnen können doch nicht weiter verstaatlicht werden. (Beifall.)

Bildschön

macht ein volles, jugendliches
Ansig u. ein reiner, zarter, schöner
Teint. Alles dies erreicht
Siedepfand-Ellienmilk-Seife
von Bergmann & Co. Kattow.
Preis a St. 50 Pf. Ferner macht der
Ellienmilk-Cream-Pada
rote u. lipode Haut in einer Nacht
weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf. bei
Bergmann & Co., König-Johann-Str.
Bergmann Koch, Wilmarsf. 3
Weigel & Zsch. Wartenstr. 12
C. G. Klepperstein, Wartenstr. 9
Max Hartig, Wartenstr. 24
Heinr. Otto, Wartenstr. 31, 32
Walter Nadt, Wartenstr. 31, 32
In Dresden: Ernst Dressler
An Trachau: Heine Berner
An Plauen: Eugen Dittmar
An Cotta: Wilh. Heymer
An Völkers: W. Franz.

Brautleute

kaufen billig und solid nur bei

Möbel-Hesse

Str. 111, Rosenstrasse 45.
Katalog gratis und franko.
Verband fr. Fernstr. 1059.

Verkaufshaus, gute W. Meier,
Joppen, Kuznetz, Gebler,
Schneidermeister, Trödelgasse 8, 1.



Carl Meyer

Dresden N. Hauptstr. 17-19

Sakko-Anzüge

18.- 22.- 25.- 30.- 35.- 45.- M. usw.

Ulster u. Paletots

16.- 20.- 25.- 30.- 35.- 40.- M. usw.

Entzück. Knaben-Anzüge, -Pyjaks, -Paletots
zu billigsten Preisen.

Dem Käufer das Vorteilhafteste und Richtigste
bietend.



Platten-Appar

aussergewöhnlich
Nieren-Konzentrat
Schall-Platte
Zonophon
Katalog gratis!
Otto Friebe
13 nur Siegelstraße
Keine U...
1.50
Ernst Rämisch
7 Wettinerstrasse



Ungeheuer

sind die großen Dütel!

Zum Glück

bekommt man bei Hesse,
Dresden, Schöffelstr.
10-12, für wenig Geld
schon so viel Blumen u.
für 1 M. schon eine
lange Straußfeder!

Diese Woche:

Großer Posten
Blumen, Blumenranken
Stück 1.50, 3.00, 5.00 M.

- 5000 Straußfedern 35 cm lang 1 M., giria 1/2, m lang 3 M.
- 400 Marabutstolen 2 m lang, 4-reihig 5, 8.50, 12 M., 2 1/2, m lang 17 M.
- Neu! Chantecler-Federgefäße 2.50, 3.25, 4.00 M.
- 3000 Flügel in allen Farben 30, 50, 75 Pf.
- Angeknüpft Straußfedern von 9 M. an.
- Einzelblumen u. Blätter, Gräser, Früchte zc. in jeder Preislage.

Hesse, Dresden, Schöffelstr. 10-12.

Si-Si

der Labetunk

Beste alkoholfreie Brause

Si-Si-Extrakt

- Himbeer-Brause
- Zitronen-Brause
- Waldmeister-Brause
- Champagner-Brause
- Seltzerwasser

Überall zu haben

Deutsche Si-Si-Werke
(G. m. b. H.)
Dresden-A. 10
Telephon Nr. 5231

Dresdner Bruchheilanstalt.

Am 1. u. 2. Pfingstfeiertage halte ich in Dresden, Werdorstr. 6,
keine Sprechstunden ab. Meine Privatklinik in Nieder-
Könitz bleibt geöffnet.
Dr. med. Max Lähr.

Tharandt und Umg.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung u. sämtliche
Parteiliteratur sowie Inserate u. Druckaufträge nimmt entgegen
Paul Junghanns, Tharandt, Burgstr. 132, I.

Man
verlange ausdrücklich

Hofbrauhaus-

Flaschenbiere.



Fein eingefädelt

ist es, dass man trotz der teuren Butterpreise
auf den Genuss dieses beliebten Nahrungs-
mittels nicht zu verzichten braucht. Nehmen
Sie die beliebte Delikatess-Margarine

Solo

die Ihnen in jeder Beziehung vollkommenen
Ersatz selbst für feinste Meiereibutter bietet.

Man versuche auch die Delikatess-Margarine

Rheinperte

den beliebten Butter-Ersatz
der feinen Küche!

Allein Fabrikanten HOLL MARGARINE WERKE
JURGENS & PRINZ, G. m. b. H. GOCH (RHEIN.)

Kinder- u. Sportw. (auch
gedr.) Bade- u. Waichu.
Alle Her. werd. ich u. bill. ausget.
Tschomler, Losgauer Straße 36.

Berg- und Touristenstiefel
Wiltstiefel u. Schuhe billig
Bieh. Nicolai, Al. Strödgasse 1.

Billigste Saugelassenheit
in a. versch. getz. wie a. neuen G.
und T. Aleibern, Schaben, Feder-
betten, Kinderstühle u. 4. Preisleihen
10 Gr. Brüdergasse 10, 2.

Mod. Kinderwagen billig zu
verkaufen
Lillengasse 6, part.

Der Neuheiten-Katalog 1910 ist erschienen.



Auszug:

Herrenräder:	Div. Zubehör:
Jupiter Nr. 1 28. 55.-	Nr. 1106 Angelhänger 2.00
Kvanti Nr. 10 77.-	1190 Schum. Schlep. 1.50
Kvanti Nr. 11 85.50	1057 Hal. Schlep. 1.50
Kvanti-Virus Nr. 14 98.50	100 Reuber. Sand. 1.50
Kvanti-Halbrenner 85.50	107 Halb. Sand. 1.50
Kvanti-Hemer 109.50	115 Teurenst. 1.50
ulw.	544 Reub. Sand. 1.50
	546 Neue Tüch. 1.50
	670 Reub. Sand. 1.50
	mit Selbstbr. 1.50
Damenräder:	650 Reub. Sand. 1.50
Jupiter Nr. 6 82.-	860 Reub. Sand. 1.50
Kvanti Nr. 21 94.-	867 do. groß 1.50
Kvanti Nr. 22 102.80	775 Blatte. Blode 1.50
Kvanti-Virus 119.75	881 Reub. Sand. 1.50
ulw.	827 Toppelle 1.50
	Buch. von 2. 0.00 bis 7.00
Pneumatika:	Gamaichen v. 2. 0.00 bis 7.00
Billige Mäntel 2.75 bis 4.50	Nr. 1229 Schu. Blode 1.50
Mäntel, beste Qual. 4.75	ulw.
bis 11.-	
ulw.	

Bei Kauf eines Fahrrades grosse Vorteile!

Senden Sie
umgehend Ihre
Adresse ein.

Neu eröffnet!!

Nur für Herren.

Verständliche, wenig getragene
Wah-Anzüge von 7.50, 11.50,
15 M. an usw. wie auch gutere
einzelne Jacketts u. Stoffhosen
von 2 M. an, auch eine Weste
von 35 Pf. an. Freitag, Oerren-
u. Damen-Schuhe v. 1.50 an.
Pimöler, vor Gr. Brüdergasse 27, I.
Stunden v. außer Fahrtvergütung.

Gratis

fertigen ein beliebig gestaltetes
Semi-Emaille
für Brocher um die Zeit
Festung. Stragen 50, im Hofe
Faust & Bey
Bismarckstr. 12, im Hofe 10, 11.

Mutter-spritze

mit 2 Kanülen von 1.75
Epillanzen, Le. bieder, 20
sondultor, 200 schenken u. 100
Frauen-Artik
Preislich gratis. 10 Pf. 10 Pf.
Frau Heusinger
37 Am See 37.
Tippelbismarckstr. 12.
Man achte auf die F...
Bettwäsche
beliebig gefärbt unter
Kaufamt umsonst. 100
schlecht anziehen. Sch...
Co., Frankfurt a. M. 98.

Brautleute

kaufen Brautausstattungen
sowie einzelne Möbel am besten
und billigsten nur im

Möbel-Centrum

betriebl. Max. Faehs 51/52
Freiberger Platz 10.